

# HAZ 25.6.80 „Eine Evakuierung wäre kaum realistisch“

Hamelner Atomgegner legen vertrauliche Unfallstudie über Kernkraftwerk Grohnde vor

Eigener Bericht

be. Hameln

Während eines schweren Unfalls im Kernkraftwerk Grohnde bei Hameln können bei entsprechender Windrichtung in allen Wetterlagen „akut tödliche Strahlenbelastungen“ für die Einwohner der Stadt Hameln auftreten. Das ist die Aussage einer Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU), die am Dienstagabend auf einer Veranstaltung von Kernkraftgegnern in Hameln vorgelegt wurde. Weiter heißt es in dem IFEU-Bericht: „Langfristig können auch mittlere Unfälle noch nach 100 Jahren Strahlenbelastungen verursachen, die eine Nutzung der verseuchten Gebiete ausschließen.“

Die Studie war im November 1979 von der Stadt Hameln in Auftrag gegeben, bislang aber nicht veröffentlicht worden. Stadtdirektor Eduard von Reden-Lütcken begrün-

dete dies auf Anfrage damit, es sei „bisher nicht üblich gewesen“, ein Gutachten vor dem Gerichtsprozeß, für den es bestimmt sei, zu publizieren. „Unseren Interessen ist das gewiß nicht förderlich.“ Vor dem Obergerverwaltungsgericht Lüneburg läuft gegenwärtig eine Klage der Stadt gegen die vom Land ausgesprochene Genehmigung, das Kernkraftwerk bei Grohnde zu bauen.

Im einzelnen heißt es in der von sechs Wissenschaftlern ausgearbeiteten Schrift, daß bei einer kurzfristigen Strahlenbelastung von 200 rem mit rund 6000 Toten gerechnet werden muß. Bei doppelter Dosis wären bereits annähernd 55 000 Strahlentote zu beklagen, das wäre nahezu die gesamte Einwohnerschaft Hamelns.

Nach Einschätzung der Autoren könnte nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung diesem Schicksal entkommen, wenn durch eine von Grohnde herüberziehende radioaktive Wolke eine Evakuierung innerhalb

kürzester Zeit erfolgen müßte. Wörtlich heißt es dazu in der Studie: „Mehr als 60 000 Menschen müssen das Stadtgebiet bis spätestens 70 Minuten nach Beginn der Freisetzung verlassen. Diese Annahme wirkt wenig realistisch.“

In einem alternativen Evakuierungsmodell wird eine Zeitspanne von vier Stunden angenommen, die die Betroffenen bei nur geringer Abschirmung gegen Strahlungen im Freien zu verbringen hätten. Die 70 vorhandenen Busse sollen dann 5000 Menschen, 1100 private Kraftfahrzeuge weitere 55 000 Einwohner aus der Stadt befördern.

Eine Fülle von Voraussetzungen müßte dabei allerdings erfüllt sein: Bei der Weitergabe der Unfallmeldung dürfte es zu keiner Verzögerung durch die beteiligten Dienststellen kommen, Busse und Autos müßten sofort an Sammelstellen eintreffen und mit einem Abstand von maximal acht Sekunden zügig wieder abfahren.

1192

DIENSTAG, 1. JULI 1980

## „Schwerer Reaktorunfall fast unwahrscheinlich“

dik. Emmerthal

Als „fast unwahrscheinlich“ hat am Montag ein Sprecher des Gemeinschaftskernkraftwerkes Grohnde einen katastrophalen Reaktorunfall mit mehreren zehntausend Strahlentoten in Hameln und Umgebung bezeichnet.

Der Projektleiter des im Bau befindlichen Kraftwerkes, Dipl.-Ing. Harald Böttcher, nahm vor Landtagsabgeordneten zu einer von Atomgegnern vorgelegten Studie Stellung, die von der Stadt Hameln in Auftrag gegeben worden war und sich auch mit Evakuierungen im Falle eines Atomunfalls beschäftigt.

Böttcher nannte die Studie ein „Elaborat interessierter Laien“, das in der jetzt veröffentlichten Form „nichts als Unsinn“ sei.

Der Projektleiter der Preußenelektra schränkte jedoch ein, daß ein Unfall der geschilderten Schwere „exakt wissenschaftlich nicht auszuschließen“ sei. Die Wahrscheinlichkeit liege bei 1:2 Milliarden.